

Eisenacher AUFbruch – Stadtrat Fritz Hofmann

Rede zur Beratung des Eisenacher Haushalts, Februar 2010

Sehr verehrte Damen und Herren,

Offenbar herrscht hier in diesem Hause mehr Einigkeit in der Beurteilung der Lage als über die Schlussfolgerungen daraus. Das fängt schon bei der Doppik an, wo ich Frau May voll und ganz Recht gebe.

Dieses HSK heißt zwar so, aber es sichert bei weitem nicht einen ausgeglichenen Haushalt, wie wir am heute vorgelegten HH sehen. Die Lage ist viel ernster als es das HSK erkennen lässt.

Ein solches Konzept wird vom Landesverwaltungsamt verlangt, aber ist das nicht ein Ritual, das die Probleme eher verdeckt als ihnen an die Wurzel geht?

Im Vorbericht zu diesem Konzept wird festgestellt, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht aus eigener Kraft wieder hergestellt werden kann. Diese Erkenntnis ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Das dann folgende HSK ist dagegen überwiegend ein Schritt in die falsche Richtung, denn es folgt der Lebenslüge von den so genannten „Sachzwängen“. Wieso soll es ein Sachzwang sein, dass die Banken, die erst die Finanzkrise ausgelöst haben, dann vom Steuerzahler über Wasser gehalten wurden, dass dieselben Banken sich jetzt an den Zinsen für die Staatsverschuldung gesund stoßen, die sie selbst mit verursacht haben.

Wir, die Steuerzahler, werfen den Banken sage und schreibe 70 Milliarden Euro im Jahr an Zinsen in den Rachen, das sind fast 1.000 Euro von jedem Bundesbürger vom Baby bis zum Rentner.

Wieso soll das ein Sachzwang sein? Ausufernde Staatsverschuldung ist kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Entscheidungen, insbesondere der letzten drei Regierungen. Wenn die Steuergesetze der Kohl-Regierung noch gelten würden, einer Regierung, die nicht besonders verdächtig ist den Sozialismus eingeführt zu haben, dann würden die Großverdiener, Konzerne und Banken noch in anderen Größenordnungen zur Kasse gebeten.

Dann wäre heute wahrscheinlich kein HSK auf der Tagesordnung, sondern wir könnten einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden.

Wenn uns der OB heute einen de facto unausgeglichenen Haushalt vorlegt, dann begrüße ich diesen ehrlichen Schritt im Sinne eines Offenbarungseides. Wir können gar nicht anders als Alarm schlagen um eine tragfähige Finanzausstattung der Kommunen einzufordern.

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister für eine solche grundlegende Verbesserung kämpfen, haben Sie unsere Unterstützung. Wenn Sie aber den Bürgern in die Taschen greifen und Leistungen kürzen wollen, dann hat der Widerstand der Betroffenen unsere Unterstützung.

Es hat keinen Sinn, sich in die Tasche zu lügen, man könnte die Abgründe zwischen den dramatisch weg brechenden Mitteln und den explodierenden Sozialausgaben dadurch schließen, dass man die Hundesteuer von 42 auf 60 Euro im Jahr erhöht.

Die Fehlbeträge aus den letzten drei Jahren alleine addieren sich zu einer Summe von annähernd 10 Millionen. Dazu kommen die Probleme der Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die erst jetzt so allmählich deutlich werden.

Die Gewerbesteuer brach 2009 auf weniger als die Hälfte der Summe von 2006 ein, d.h. allein hierdurch fehlen über 7 Mio.

Auf der anderen Seite stiegen die Sozialausgaben der Stadt von 404 Euro / Einwohner auf 921 Euro seit 2002, also um 128 Prozent

Es wäre fatal, diese Probleme mit der gleichen Denkweise lösen zu wollen, mit der sie verursacht wurden.

Der Begriff „Sozial verträglicher Stellenabbau“ im HSK ist ein Musterbeispiel für eine solche Denkweise. Angesichts der Arbeitslosigkeit, der Abwanderung junger Leute, der schwindenden Kaufkraft kann ein Stellenabbau niemals „sozial verträglich sein“. Jede gestrichene Stelle fehlt der heranwachsenden Generation.

Ich bin überhaupt kein Freund von einer Logik, die in den Beschäftigten der Stadtverwaltung oder auch des öffentlichen Dienstes insgesamt einen so genannten „Wasserkopf“ sieht, sich aber gleichzeitig über ungenügende Dienstleistungen beschweren will.

Die Stadt Eisenach liegt beim Personalbestand bereits unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte, d.h. bei der Belastung der Beschäftigten über dem Schnitt.

Personalabbau bedeutet in der Regel direkt Verlust an Kaufkraft, damit Umsatzrückgänge und weitere Einbrüche bei Gewerbesteuern auf der einen Seite sowie erhöhter Bedarf an Sozialleistungen auf der anderen Seite.

Diese Denk- und Handlungsweise, die bekanntlich bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgängig ihr Unwesen treibt, ist ursächlich für die aktuelle Weltwirtschafts- und Finanzkrise, sie öffnet die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Überkapazitäten und fehlender Kaufkraft immer weiter.

Genau diese Denkweise zieht sich von vorne bis hinten durch dieses Konzept. Alles was nicht bei drei auf den Bäumen ist wird „optimiert“ und „angepasst“, vom Nahverkehr bis zu den Museen, vom Stadtwald bis zur Bibliothek.

Vor allem bei den Jüngsten soll gekürzt werden:

Schülerspeisung und Schülerbeförderung, Kindertagesstättengebühren und Hortgebühren, alles soll teurer werden. Beim Schulnetz stehen – wenn man dieser Logik folgt - nicht in erster Linie die Verbesserung der Bildung, sondern „wirtschaftliche Aspekte“ im Vordergrund.

Grundbesitzer, Autofahrer, Vereine und Hundebesitzer – man kann sich gar nicht vorstellen, dass es in Eisenach eine Familie geben könnte, die von den Einschnitten nicht in der einen oder anderen Weise betroffen wäre. Und sei es indirekt durch kommende Mietsteigerungen bei der SWG, die der Stadt mal wieder etwas abkaufen soll.

Wieso muss man sich so viele Feinde machen für eine am Ende doch vergleichsweise geringe Entlastung des Haushaltes? Wieso so viele neue Löcher reißen, wenn damit das große schwarze Loch nicht annähernd gestopft werden kann?

Zum Schluss noch ein positiver Vorschlag:

Auch wenn ich dem Konzept als Ganzes nicht zustimmen kann, will ich einen Änderungsantrag zum Portfoliomanagement auf Seite 54 einreichen.

Wir beantragen, die gesamten Kosten hierfür zu streichen und diese riskanten Geschäfte einzustellen, dann können weitere 11.000 Euro im Jahr eingespart werden. Offenbar sind die versprochenen positiven Effekte ausgeblieben. Anfang letzten Jahres stand im damals vorgelegten HSK noch ein Einsparziel von 25.000 Euro im Jahr durch Zinsmanagement. Jetzt will man nur noch 5.000 Euro im Jahr sparen durch weniger Beratungskosten. Dann sparen wir uns doch am besten gleich den ganzen Derivatehandel, zumal auch die neue Bekanntmachung über das Kreditwesen hier restriktivere Vorgaben macht.

Zusammengefasst: Wir brauchen eine echte Gemeindefinanzreform und eine Gebietsreform, aber keine Kosmetik auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.